

<b>ANTRAG</b>  Stadtrat Klaus Stapf (GRÜNE) Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 15. April 2008	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>51. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>10.06.2008</b> <b>1418</b> <b>15</b> <b>öffentlich</b>
<b>Keine Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln</b>		

1. Die Stadtverwaltung berichtet, welche Maßnahmen in den letzten beiden Jahren unternommen wurden, um zu gewährleisten, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel in Kantinen, Küchen und Essensausgaben städtischer Einrichtungen bzw. der städtischen Gesellschaften nicht zum Einsatz kommen.
2. Die Stadtverwaltung legt dar, ob und in welcher Form bei der Neuverpachtung städtischer Grundstücke bzw. bei entsprechenden Vertragsverlängerungen die pachtenden Landwirte angehalten werden, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen bzw. gentechnisch veränderten Saatguts zu verzichten.
3. Die Stadtverwaltung berichtet, ob sie sich in den letzten beiden Jahren an die auf Karlsruher Gemarkung wirtschaftenden Landwirte mit der Empfehlung gewandt hat, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen.
4. Die Stadt Karlsruhe tritt dem Bündnis Gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, dass innerhalb der Region in Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung, Handel, Gastronomie und Konsum die so genannte „grüne“ Gentechnik nicht zum Einsatz kommt.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Bereits in einem Antrag vom Februar 2006 hatte sich die Grüne Gemeinderatsfraktion für den Beitritt Karlsruhes zur Gentechnikfreien Region Mittlerer Oberrhein ausgesprochen sowie verschiedene Maßnahmen gefordert, um den Einsatz gentechnisch veränderten Saatguts und gentechnisch veränderter Pflanzen in Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung auf Karlsruher Gemarkung möglichst zu unterbinden.

Einige Forderungen des Antrags wurden von der Verwaltung positiv beantwortet. So wurde unter anderem festgehalten, dass die Verwendung gentechnisch veränderter Lebensmittel in städtischen Kantinen, Küchen und Essensausgaben städtischer Einrichtungen abgelehnt werde und dass den Lieferanten gegenüber eine entsprechende Grundsatzklärung abgegeben worden sei. Den städtischen Gesellschaften solle - so die Antwort der Verwaltung - empfohlen werden, in gleicher Weise zu verfahren.

Auch war seitens der Verwaltung angekündigt worden, dass den Landwirten auf der Gemarkung Karlsruhe geraten werde, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen. Bei der Neuverpachtung bzw. der Verlängerung von Pachtverträgen für städtische Grundstücke würden zukünftig die Landwirte aufgefordert, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen.

Hinsichtlich der Frage des Beitritts Karlsruhes zur Gentechnikfreien Region war der Grünen-Antrag in den Umweltausschuss verwiesen worden. Trotz längerer Diskussion wurde von den Ausschussmitgliedern jedoch keine eindeutige Empfehlung ausgesprochen.

Seitdem ist die „grüne“ Gentechnik EU- und bundesweit weiter auf dem Vormarsch. Die Grüne-Gemeinderatsfraktion sieht zunehmenden Handlungsbedarf auch auf kommunaler Ebene, um der weiteren Verbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen in unserer Umwelt und in unseren Lebensmitteln Einhalt zu gebieten. Eine klare Positionierung des Karlsruher Gemeinderates in dieser Frage ist überfällig.

unterzeichnet von:

Klaus Stapf

Bettina Lisbach

Hauptamt - Sitzungsdienste -

30. Mai 2008